

Republikanischer Rassismus in Frankreich : Klassenkonflikte und staatlich verordnete Strategien der Eindämmung

Autor(en): **Schaffroth, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 59

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Republikanischer Rassismus in Frankreich

Klassenkonflikte und staatlich verordnete Strategien der Eindämmung

Frankreich ist das einzige westeuropäische Land, das nach dem 2. Weltkrieg noch Kolonialkriege in Vietnam und Algerien geführt hat, sieht man vom kriegesischen Intermezzo Grossbritanniens auf den Malvinas („Falkland-Inseln“) ab. Und Frankreich ist der einzige demokratische Staat, der seine Taten während der kolonialistischen Vergangenheit mit gesetzlichen Festlegungen als wertvolle Ereignisse einschätzt: im Jahre 2005 wurde ein Gesetz verabschiedet, das unter anderem vorschreibt: „Die schulischen Programme anerkennen insbesondere die positive Rolle, die die französische Präsenz in Übersee und vor allem in Nordafrika ausgeübt hat“. Dieses Gesetz hat zwar praktisch keine Folgen. Aber es ist vorläufig der Schlusspunkt einer von der bürgerlichen Regierung verfolgten Offensive, den Kolonialismus der französischen Republik zu rehabilitieren und gleichzeitig eine entsprechende Erinnerungspolitik zu steuern. Dank dieser Propaganda konnten und können auch Wählerstimmen der extremen Rechten angezogen werden, was der amtierende Staatspräsident Sarkozy im übrigen bereits mehrmals eingestanden hat.

Frankreich ist auch der erste republikanische Staat, der das Tragen einer Burka gesetzlich verboten hat. Diese „Einzigartigkeit“ des französischen Staates wird von Politikerinnen und Politikern auf zweierlei zurückgeführt: auf die Staatsbürgerschaft und die Zugehörigkeit zu einer Klasse, die wirtschaftspolitisch als (Klein-)Bürgertum bezeichnet werden kann. Alle anderen Kriterien, wie beispielsweise die geografische und/oder ethnische Herkunft, werden offiziell vom Staatsapparat vernachlässigt. Dies ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass heute mindestens ein Drittel der Bewohner dieses Landes Vorfahren haben, die nicht aus Frankreich stammen und oft ImmigrantInnen waren, die teilweise in den früheren Kolonien Frankreichs geboren sind.

Für die herrschende republikanische Klasse ist es offensichtlich von Bedeutung, dass die nicht-weissen Französischen und Franzosen, die Anderen, nicht sichtbar sind. Sie dürfen in der Öffentlichkeit nicht auffallen. Das 2004 gesetzlich verhängte Kopftuchverbot in öffentlichen Schulen ist ein Beispiel für diese Strategie. Vom Ausland her betrachtet ist diese Aversion gegen die demonstrativ nach aussen getragene religiöse Verschiedenheit oft überraschend. Denn der Laizismus ist ursprünglich gerade auch proklamiert und installiert worden, um die Religionsfreiheit zu gewährleisten. Die republikanische Doxa französischer Prägung kann nun natürlich den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorwerfen, dass sie eine

andere Hautfarbe als die weisse oder eine andere Religion als die christliche haben. Als nun aber vor fünf Jahren in Frankreich praktisch gleichzeitig Bewegungen wie der „CRAN“ (Conseil représentatif des associations noirs) und „Les indigènes de la République“ gegründet worden sind, wurden diese Organisationen von aufrechten Republikanern sehr schnell als kommunitaristische Bewegungen verurteilt. Denn beide Gruppierungen repräsentieren nicht-weisse Bevölkerungsgruppen. Und die Zensur, die gegen die vor allem in der Öffentlichkeit gezeigten religiösen Praktiken ausgeübt wird, begründet der Staat oft mit der Laizität der Nation.

Dabei werden politisch die öffentliche und die private Sphäre bewusst oder unbewusst vermischt. Denn es gibt keine juristische Definition der Laizität und das Gesetz definiert bloss die Trennung zwischen Staat und Religion. Weder die Republik noch die zivile Gesellschaft stellen den Bürgerinnen und Bürgern die Frage, ob sie beispielsweise katholisch, jüdisch, buddhistisch, islamisch oder atheistisch seien. Eine solche Frage ist in Frankreich indiskret und gehörte bis anhin in den Bereich des „Privaten“, im Gegensatz beispielsweise zur entsprechenden Praxis in den USA, wo die Religionszugehörigkeit öffentlich plakatiert wird. Doch auch in Frankreich wollen seit Ende des 20. Jahrhunderts Minderheiten vermehrt unter anderen ihre religiösen, sexuellen oder kulturellen Präferenzen an der Öffentlichkeit manifestieren. Die Begründung: die „zur Schau“ getragene Identität dieser Minderheiten ist für die Definition ihrer Individualität wichtig.

Und diese drückt sich oft in Zeichen aus, so etwa in einem Stück Textil, dessen „Tragweite“ in der französischen Republik, was die Reaktionen darauf angeht, allerdings sehr weitgehend sein kann. Als beispielsweise 2009/10 eine Kandidatin der linken Partei NPA („Nouveau Parti Anticapitaliste“) sich auf dem Wahlfoto mit einem Kopftuch ablichten liess, löste diese „muselmanische Trotzkin“ in ihrer Partei und in einem Teil der Öffentlichkeit heftige Diskussionen aus. Und die NPA wurde so praktisch über Nacht von ihren Kritikern in „le nouveau parti antifeministe“ umbenannt. Nicht wenige Parteimitglieder traten aus der Organisation mit der Begründung aus, es könne nicht akzeptiert werden, dass eine ihrer Kandidatinnen sich mit einem für sie klassischen islamistischen Merkmal der Frauenunterdrückung schmücke. Die Frau ist nicht wegen ihres Kopftuches nicht in den Regionalrat gewählt worden, sondern weil ihre Partei zu schwach war, um überhaupt ein Mandat zu gewinnen. Bei einem Teil der muslimischen WählerInnen ist diese Aktion im übrigen als pure Stimmenfängerei abgelehnt worden.

Politisch weittragender war hingegen der Entscheid des Verfassungsrates im Jahre 2008. Dieser weigerte sich nämlich, einer Frau die französische Staatsbürgerschaft zu gewähren, weil sie im Alltag eine Burka trägt. Die Begründung lautete: Diese Frau wende „in Berufung auf eine radikale Interpretation ihrer Religion eine Praxis an, die mit den Werten der

französischen Gesellschaft, insbesondere mit der Gleichheit der Geschlechter“ unvereinbar sei. Die Bannerträger der französischen Republik von Nicolas Sarkozy bis Régis Débray haben sich mit dieser offiziellen Anordnung zufriedengegeben.

Gemeinsam verteidigen die gleichen politischen Kreise überdies einen anderen ideologischen Hauptpfeiler der neorepublikanischen Ideologie: das französische System der Integration der immigrierten Bevölkerung. Auch wenn dieses spätestens seit den Unruhen in den Banlieues im Jahre 2005 zumindest nicht mehr so systemtragend erscheint. Die Integration „à la Française“ versteht sich nun in erster Linie als eine voluntaristische Konstruktion, derzufolge im Prinzip alle in Frankreich lebenden ausländischen Personen die französische Staatsbürgerschaft erhalten können, wenn sie diese beantragen. Die Republik hält die klassenmässigen, ethnischen und herkunftsmässigen Unterschiede offiziell nicht als Hindernisse, um *citoyenne* oder *citoyen* zu werden – die staatliche Krönung der Integration! Die Assimilation hingegen, die beispielsweise die kulturellen Unterschiede der verschiedenen Ethnien tendenziell nivelliert, gilt im offiziellen Diskurs eher als politisch unkorrekt.

Doch in Frankreich, wie im übrigen auch anderswo, ist der Begriff Integration hinsichtlich der Migration eigentlich ein Euphemismus. Denn dieser Prozess setzt konkret immer ein gewisses Mass an Anpassung voraus, soll er erfolgreich, das heisst letztlich konfliktfrei verlaufen. Integration im politischen Sinne ist schwierig vorstellbar, ohne dass eine teilweise Assimilation im kulturellen, alltäglichen Bereich erfolgt ist. Das verdeutlicht beispielsweise die Rolle der offiziellen Landessprache. Denn eines der markantesten Merkmale des französischen Konzeptes der republikanischen Einheit ist die französische Sprache, ausschliesslich die französische Sprache! Spanien ist sprachpolitisch eher ein Gegenbeispiel. Seit 1975 gilt Kastilianisch offiziell als Staatssprache und anerkennt auch andere Sprachen an, die es zu schützen gelte, etwa Baskisch. Die Sprache dient nun in der französischen Republik gewissermassen als *das* Instrument zur „Nationalisierung“ der Gesellschaft und stellt in diesem Sinne auch ein Assimilationsinstrument ersten Ranges dar. Und Frankreich hat bei seinen territorialen Eroberungen jeweils sehr schnell Institutionen wie Schulen und Kulturinstitute aufgebaut, um frankophone Zeichen seiner Kulturmacht zu setzen.

Es ist nun ideologisch nicht der Rechtsextremismus, der in Frankreich die Verbindung zwischen Republik und Rassismus geformt hat, sondern der während fast zwei Jahrhunderten praktizierte Kolonialismus. Viele französische Schulen tragen heute beispielsweise den Namen „Jules Ferry“, laut französischem Selbstverständnis ein mustergültiger Republikaner. Denn Ferry hat 1879/1880 in diesem Land als Erziehungsminister der 3. Republik den obligatorischen, konfessionslosen und kostenlosen Schulunterricht eingeführt. Die gleiche Person scheute sich jedoch Zeit seines

Lebens nicht, öffentlich von einer „überlegenen“ (weissen) und „minderwertigen Rasse“ (der Kolonisierten) zu sprechen. Und konsequenterweise setzte sich Ferry als engagierter Kämpfer für den Kolonialismus, für eine imperialistische Expansion ein, was heute viele Französischen und Franzosen scheinbar vergessen haben. Es sind auch Republikaner, die nach der „Vichy-Regierung“ und der nationalsozialistischen Besetzung im Vaterland der Menschenrechte die sogenannte „Doppelstrafe“ eingeführt haben und bis heute anwenden. Diese beinhaltet, dass AusländerInnen, die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden sind, nach deren Verbüßung ausgewiesen werden können.

In der französischen Politikerklasse haben xenophobe Äusserungen Tradition. Der Republikaner Jaques Chirac erklärte bereits 1976, als er noch Premierminister war, dass es in Frankreich nicht eineinhalb Millionen Arbeitslose geben dürfe, während gleichzeitig eineinhalb Millionen ImmigrantInnen hier arbeiten könnten. Die institutionelle Linke unterschied und unterscheidet sich übrigens in dieser Hinsicht kaum von ihren politischen Gegnern. So war es 1981 die Kommunistische Partei (KPF), die in einem von ihr regierten Vorort von Paris, in Vitry, die polizeiliche Räumung einer Barackensiedlung ohne sanitäre Installationen aus folgendem Grund durchführen liess: „Die [für französische Bürger und Bürgerinnen, ts] zumutbare Tolleranzschwelle ist hier übertreten.“ Und dies, ohne dabei den nun neuen Obdachlosen einen anderen Wohnraum angeboten zu haben. Und der Sozialist Jean-Pierre Chevènement forderte anfangs der 1980er Jahre als Erziehungsminister unter dem Zepher Mitterrands ein „nationales“ Geschichtsstudium. Er war überzeugt, die Anerkennung der ethnischen Minderheiten könnte für die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit gefährlich sein. Rund ein Vierteljahrhundert später hat Präsident Sarkozy mit der Ausweisung von Zehntausenden von Papierlosen und über 8'000 Roma die republikanische Xenophobie vorläufig auf die Spitze getrieben. Zudem befinden sich seit Sommer 2010 eingebürgerte Französischen und Franzosen neuerdings in einem permanenten Ausnahmezustand. Denn diese können nach strafrechtlich geahndeten schweren Verbrechen ihrer französischen Nationalität verlustig gehen und ausgewiesen werden, auch wenn sie seit ihrer Geburt in Frankreich leben. Die Republik schafft so Staatenlose.

Kein Zweifel, der republikanische Rassismus in Frankreich hat sich in den letzten Jahrzehnten banalisiert. Dabei war der elektorale Aufschwung des rechtsextremen „Front National“ Ende der 70er Jahre eher ein Symbol für die Fremdenfeindlichkeit als deren Ursache. Es ist in diesem Zusammenhang nicht zu vergessen, dass der „Front National“ während seiner Hochblüte, nämlich bei den Präsidentschaftswahlen von 2002, nicht mehr als 18 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, obwohl beispielsweise diese Partei laut des ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Laurent Fabius „oft die richtigen Fragen stellt“. Um-

fragen ergaben, dass ein Teil der Le Pen-WählerInnen bei den letzten Präsidentschaftswahlen im entscheidenden Wahlgang für Sarkozy gestimmt hat, der ja einen Teil des Wahlprogrammes des rechtsextremen Kandidaten übernommen hat. Der FN weist nun in seiner Wählerbasis einen beträchtlichen Anteil Stimmen auf, die aus der Arbeiterklasse stammen. Verschiedene soziologische Untersuchungen kommen zum Schluss, dass heute in Frankreich die Rassenfrage die Klassenfrage oft überlagert und verdrängt.

Der Rassismus vieler französischer Politiker und Meinungsmacher hat auch im Staatsapparat Tradition. Der ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing sprach 1991 von einer „Invasion ausländischer Arbeitskräfte“. Er war klug genug, um zu wissen, dass die französische Industrie FremdarbeiterInnen nötig hatte, wollte sie global konkurrenzfähig bleiben. Portugiesen und Italiener konzentrierten sich im Baugewerbe, Polen und Marokkaner in den Minen und Algerier wurden vor allem an den Montage-Förderbänder in der Automobilbranche angestellt. Dessen bewusst war sich mit Sicherheit auch der Republikaner und spätere Staatspräsident Jaques Chirac. 1991 erklärte dieser populistisch im Wahlkampf, es gebe in Frankreich eine „Überdosis von Immigranten“. Zu diesem Zeitpunkt waren die grossen Einwanderungswellen allerdings schon vorbei und der französische Staat musste sich nun eingehend mit Integrationsfragen, vor allem im Wohn- und Ausbildungssektor, beschäftigen, galt es nämlich zu verhindern, dass die sozialen Spannungen in den urbanen Zentren überborden. Der amtierende Staatspräsident Nicolas Sarkozy lässt aber diesbezüglich vor allem Worte walten. Und verleiht dem republikanischen Rassismus deklamatorisch neue, wenn auch unglaubliche verbale Glanzlichter. So meinte er im vergangenen Sommer bei seinem Staatsbesuch in Senegal: „Der Afrikanische Mensch ist nicht genug in die Geschichte eingetreten“ und deshalb gäbe es für ihn heute „weder einen Platz für das menschliche Abenteuer, noch für die Idee des Fortschrittes.“

Es ist nun für aufgeklärte Franzosen und Französinen eine Binsenwahrheit, dass von den Leitwerten der Republik „Freiheit, Solidarität, Brüderlichkeit“ noch einiges zu realisieren bleibt, auch wenn sie von dieser historischen Verzögerung in ihrer sozialen Lage oft nicht direkt betroffen sind; im Gegensatz zu vielen Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation von Einwanderern, die praktisch alle die französische Staatsbürgerschaft haben. Schon die umgangssprachliche Benennung dieser soziologischen Gruppe ändert sich in Frankreich je nach politischen Gezeiten. So werden beispielsweise Immigranten und Immigrantinnen, die ursprünglich aus Nordafrika stammen, einmal als Maghrebener, ein anderes Mal als Araber oder „beurs“ / „beurettes“ gebrandmarkt. Und seit Sarkozy Staatspräsident ist, hat zudem die Religion des Anderen im öffentlichen Diskurs an Stellenwert gewonnen. Vor allem dann, wenn es sich um den Islam handelt. 2009 hat die Republik zum ersten Mal in

ihrer Geschichte einen Muslim zum Präfekten gewählt. Die Regierung hat dessen Religionszugehörigkeit mit Stolz verkündet, gewissermassen als Beweis dafür, wie erfolgreich die Integrationspolitik in französischen Landen ist. Als ein weiteres medial ausgetretens Paradebeispiel für die angeblich erfolgreiche Integration gilt die ethnische Zusammensetzung der nationalen Fussballmannschaft: „black – blanc – beur“.

Es gibt natürlich auch Franzosen und Französinen, die meinen, dass die Integration der ImmigrantInnen aus nichteuropäischen Regionen gescheitert sei. Beispielsweise die 2005 gegründete „Parti des Indigènes de la République“ (PIR). Mit der Betonung des Wortes „Einheimische“ in ihrem Namen will diese Organisation vor allem zu verstehen geben, dass ihre Mitglieder juristisch französische Staatsangehörige sind, aber einen ausländischen Herkunft haben. Im Rahmen der programmatischen Grundsätze von „Einheimische der französischen Republik“ kritisieren sie unter anderem ihre Diskriminierung bei der Stellen- und Wohnungssuche. Ein genauer soziologischer Identikit von PIR, die im ganzen Lande mehrere Tausend Mitglieder zählt, gibt es noch nicht. Aufgrund ihres Auftrittes an öffentlichen Veranstaltungen kann man jedoch schliessen, dass ihr Durchschnittsalter unter 30 Jahren liegt. An ihrem offiziellen Gründungskongress im vergangenen Februar haben sie in ihrem Programm einleitend festgehalten: „Der PIR reiht sich im Rahmen der antikolonialistischen Widerstands- und Befreiungsbewegungen ein und kämpft für die Befreiung und Rechte der kolonialen und postkolonialen Immigration.“ Eines ihrer erklärten Hauptanliegen ist „der Kampf gegen den französischen Imperialismus“. Dabei ist für sie die Erinnerungsarbeit hinsichtlich der Kolonialzeit erklärtermassen ein zentrales Anliegen der eigenen Identitätsfindung, die nicht einfach dazu dienen soll, die Wunden der Vergangenheit zu lecken. Die Partei spricht sich auch klar gegen die Anwendung von terroristischer Gewalt aus. So hat sie beispielsweise im vergangenen Herbst das Al Kaida-Attentat gegen die christliche Gemeinde im Irak schärfstens verurteilt.

Seit ihrem öffentlichen Auftreten wird nun dieser Partei vorgeworfen, sie sei kommunitaristisch, weil ihr Rekrutierungsfeld praktisch ausschliesslich aus Jugendlichen besteht, die aus dem Maghreb und Schwarzafrika stammen und meistens dem islamischen Glauben angehören. Den Kritikern, die ihr vorwerfen, sie sei rassistisch, weil ‘anti-weiss’, hält sie jedoch entgegen, dass auch Weisse der PIR beitreten könnten. In ihrem Veranstaltungskalender finden sich oft Debatten über die rassistische Gewalt der Polizei gegen Jugendliche aussereuropäischen Herkunft. Es ist kein Geheimnis, dass wesentlich mehr EinwohnerInnen nicht-weisser Hautfarbe einer Personenkontrolle unterzogen werden und in Untersuchungshaft landen, als diese statistisch in der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Die PIR organisiert auch öffentliche Konferenzen zum Thema „Über den Islam der Befreiung“. Die grosse Mehrheit der Parteimitglieder sind zweifellos

praktizierende Muslime und die Frauen tragen oft ein Kopftuch.

Aber die Mitglieder des PIR verstehen sich selbst nicht als eine ethnische oder religiöse Gruppe, die sich von der weissen Mehrheit der Bevölkerung unterscheidet, sondern als eine politische, wohlverstandene französische Minderheit. Franzose, Französin sein bedeutete nun staatsrechtlich, der gleichen Nation anzugehören, unabhängig davon, welche Religion man ausübt und welcher „Rasse“ die Personen auch immer entstammen. Die „indigènes“ haben die französische Nationalität und folglich die gleichen Bürgerrechte wie die weisse Bevölkerung, im Gegensatz zur Kolonialzeit, als die „indigènes“ ohne politische Rechte waren. Aber die PIR unterstützt beispielsweise nicht eine von politisch der SP nahestehenden Kreisen initiierte Kampagne, die als Hauptanliegen „Touche pas à ma nation!“ propagiert. Denn für die „Eingeborenen“ ist es nicht die bestehende Nation, mit welcher sie sich politisch identifizieren. Die PIR benützt in ihrer politisch-ökonomischen Analyse keinen antinomischen Klassenbegriff und das Klassenbewusstsein scheint für die Organisation von keiner relevanten Bedeutung zu sein. Mitglieder der „indigènes“ finden sich oft als Aktivist*innen im Kampf für die Unabhängigkeit Palästinas und gegen den Zionismus. Dieses Engagement liegt in der ideologischen Logik des Kampfes gegen den Imperialismus; dabei machen sich manchmal auch antisemitische Tendenzen bemerkbar.

Gegenwärtig artikuliert sich der republikanische Rassismus Frankreichs oft in metaphorischen Worten. So meinte Sarkozy während des Präsidentschaftswahlkampfes von 2007: „Wenn man in Frankreich wohnt, so muss man dessen Regeln respektieren. Das heisst, man ist nicht polygam, man praktiziert bei seinen Töchtern keine Beschneidung und man blutet nicht in seinem Badezimmer ein Schaf aus.“ Dahinter verbirgt sich nur schlecht eine Islamphobie, die der Soziologe Eienne Balibar als „differenzialistischen Rassismus“ bezeichnet. Demzufolge sind biologische, historische und kulturelle Unterschiede trotz Integration und Assimilation unüberwindbar.

Das 2008 von Sarkozy, der sich für einen grossen „Europäer“ hält, geschaffene „Ministerium der Immigration, der Integration, der nationalen Identität und solidarischen Entwicklung“ hatte ja gerade zum Ziel, die Rassenspannungen aufzulösen oder zumindest einzudämmen. Das mysteriöse Amt ist aber bei der Regierungsumbildung Mitte September 2010 schon nach drei Jahren wieder abgeschafft worden. „Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund“, den Begriff ‘Rasse’ weiterhin zu verwenden“, heisst es in einer Erklärung der „UNESCO-Konferenz gegen den Rassismus“, die 1995 abgehalten worden ist. Doch heute ist der Begriff ‘la race’ immer noch fester Bestandteil der offiziellen Sprachregelung und Rassismus in Frankreich Realität. Dabei kann aber nicht übersehen werden, dass etwa die Ursachen der sozialen Unruhen in den Vorstädten nicht primär Rassen-, sondern Klassenkonflikte sind. Die daran Beteiligten haben zwar mehr-

heitlich eine afrikanische oder asiatische Herkunft, aber sie sind vor allem prekär Beschäftigte, Arbeitslose und Werk­tätige der tiefen Einkommensgruppen.

Literatur

- Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel, 1988 : Race, nation, classe. Paris
Bancel, Nicolas et al., 2010 : Ruptures postcoloniales. Paris
Detienne, Marcel, 2010 : L'identité nationale, une énigme. Paris
Durand, Béatrice, 2010 : La nouvelle idéologie française. Paris
Fassin, Didier et al., 2009 : De la question sociale à la question raciale? Paris
Le Cour Grandmaison, 2009 : La République impériale. Paris
Rancière, Jacques, 2010. Racisme, une passion d'en haut. Paris
Tevanian, Pierre, 2007 : La République du mépris. Paris
Viard, Jean, 2010 : Fragments de l'identité française. Paris

LUXEMBURG 4
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2010

COMMONS, KOMMUNE, KOMMUNISMUS Recht auf Stadt | Kritik der Bürgerkommune | Commons und Solidarität | Literatur und Wirklichkeit | Kommunismus neu denken | S21 und das Öffentliche | Kämpfe um Land und Wohnen | Und mehr

MIT BEITRÄGEN VON Gar Alperovitz | Margit Mayer | Étienne Balibar und Antonio Negri | Alex Demirović | Christina Emmrich | Michail Nelken | Sabine Nuss | Sebastian Sadek | Rainer Rilling | Iris Nowak | Dov Khenin | Sabine Reiner | Thomas Sablowski | Felicitas Weck | Peter Thomas u.a.

Dezember 2010, 160 S., VSA: Verlag Hamburg
10,- €; Jahres-Abo 30,- € (4 Hefte), Ausl. 40,-€, erm. 20,- €

Hgg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Redaktion: luxemburg@rosalux.de, www.zeitschrift-luxemburg.de